

Schutzgemeinschaft Bergbaubetroffener (SGB) Rheinberg e.V.

Hubert-Underberg-Allee 1

47495 Rheinberg

Telefon: 02843-920498

Telefax: 02843-920441

SGB Rheinberg • Hubert-Underberg-Allee 1 • 47495 Rheinberg

26.08.2009

Presseerklärung zur Kommunalwahl 2009

Fünf Fragen hat die SGB den örtlich vertretenen Parteien zu ihrer Haltung zum Steinkohlenabbau und angrenzenden Themen gestellt – und die Antworten sind aufschlussreich.

Eine Tendenz ist aus allen Fragen heraus erkennbar. Während CDU, Grüne, FDP und „die Linke“ der RAG und ihren Plänen ziemlich kritisch gegenüber stehen, wird die Nähe der SPD zum Bergmann auch auf kommunaler Ebene deutlich; wie sollte es auch anders sein, wenn sich der Bundesvorsitzende zwar von einer Bergbau-Ehrenmitgliedschaft zur anderen hangelt, den Bergbaubetroffenen vor Ort aber das Gespräch verweigert.

So werden von den vier Parteien ein sofortiger Abbaustopp unter Rheinberger Gebiet gefordert, während die SPD der RAG den Restabbau unter Alspray zugestehen will.

Auch bei der Altrheinsanierung und der „ewigen“ Einleitung von Kohlewässern und verunreinigtem Grubenwasser sind sich die CDU, Grüne, FDP und die Linke weitgehend einig, hier sollte möglichst bald gehandelt werden. Bei der Frage der Verantwortlichkeit für die Schäden möchte die SPD gerne auch noch andere vorgebliche Verursacher hinzuziehen, um die RAG zu schonen.

Der von der Bundes-SPD geforderte Sockelbergbau findet auch lokal in der Partei große Sympathien. Hier weist die SPD auf den in „fernen Ländern“ so umweltschädlich durchgeführten Steinkohlenbergbau und möchte diesen deshalb lieber in Deutschland halten. Dabei vergisst oder verschweigt die Partei, dass der Beitrag der deutschen Steinkohlenförderung bei einem Sockelbergbau so gering ist, dass damit kein einziger Bergmann im Ausland arbeitslos würde oder vor menschenwürdigen Arbeitsbedingungen bewahrt würde. Auch blendet die SPD – weshalb auch immer – aus, dass z.B. bei der Textilindustrie fast jeder von ihren Parteimitgliedern zur Zeit in Hemden made in China schwitzt, wobei dort Kinderarbeit zur Regel gehört. Kohle aus Tagebauen in Australien mit hohen Sicherheitsanforderungen ist tabu, aber T-Shirts aus China kaufen wir gerne, weil sie so billig sind!

Wenn die SPD bei dem gewünschten Sockelbergbau ausdrücklich der RAG auch noch überlassen will, wo dieser ewige Abbau stattfinden soll, dann erscheinen die Forderungen nach Abbaustopp vor einem anderen Licht.

Schließlich hatten wir angesichts der großen Belastung der Rheinberger Bevölkerung durch Erdbeben nach der vom Bundesberggesetz geforderten Zuverlässigkeit der RAG gefragt. So sind die Vorhersagen aus dem Rahmenbetriebsplan nichts als leere Hülsen gewesen angesichts der Stärke der nun eingetretenen Erdstöße. Hier halten sich alle Parteien bedeckt und verweisen auf die Behörden, die alles schon richtig machen würden. Dabei wird vergessen, dass die Macht im Staat vom Volke über die gewählten Vertreter ausgeht und nicht die Behörden den Staat regieren.

Sicher ist auf Rheinberger Ebene der Steinkohlenbergbau nur ein Gesichtspunkt unter vielen. Aber es ist auch wichtig, den überörtlichen Vertretern ein Signal zu geben, dass der Bergbau hier in Rheinberg nichts mehr zu suchen hat.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, gehen Sie am 30. August wählen und setzen Sie ein eindeutiges Zeichen für eine Zukunft von Rheinberg ohne weitere Ewigkeitsschäden, dauernde Erdbeben und weitere Erhöhung der Hochwassergefahr!

für den Vorstand:



Ulrich Behrens

Vorstandsteam:

U. Behrens, V. Eisenlohr, P. Krispien
U. Müller, K. Sarres-Schockemöhle,
F. Schmitz

Bankverbindung:

Sparkasse am Niederrhein
Konto 15 60 12 10 12
BLZ 354 517 75

Kontakt:

Tel.: 02843-920498
Fax: 02843-920441
E-Mail: kontakt@sgb-rheinberg.de
Website: www.sgb-rheinberg.de